

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/202393]

**14. MAI 2020 — Erlass der Regierung zur Abfederung der Auswirkungen der
Corona-Krise im Beschäftigungsbereich**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 2. April 1965 bezüglich der Übernahme der von den öffentlichen Sozialhilfezentren gewährten Hilfeleistungen, Artikel 5 § 4bis Absatz 4, eingefügt durch das Programmgesetz vom 2. August 2002;

Aufgrund des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, Artikel 60 § 7, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 2 § 2 Absatz 1;

Aufgrund des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung, Artikel 36 § 2 Absatz 2;

Aufgrund des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler, Artikel 12 § 1 Nummer 7 und § 3 Absatz 1;

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 43.2 bis 43.5, eingefügt durch das Dekret vom 27. April 2020;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. Dezember 2009 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. November 2018 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 4. Mai 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 6. Mai 2020;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die Föderalregierung seit dem 13. März 2020 auf Anraten des Nationalen Sicherheitsrates im Kontext der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise außerordentliche Maßnahmen ergriffen hat; dass diese Maßnahmen weitreichende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben haben, die nach wie vor flächendeckend spürbar sind, darunter auch in den Einrichtungen, Organisationen und Unternehmen auf dem deutschen Sprachgebiet; dass die Krise und ihre Folgen ganz erhebliche negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation haben; dass die Aktivitäten der besagten Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen aufgrund der Krise und ihrer Folgen derzeit weitgehend brach liegen; dass dies womöglich schon kurzfristig eine Steigerung der Arbeitslosigkeit innerhalb der besagten Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen zur Folge haben könnte; dass es dringend notwendig scheint, die sich möglicherweise daraus ergebende Arbeitslosigkeit so schnell es geht einzudämmen; dass die aufgrund dieses Erlasses ergriffenen Maßnahmen als das für die Erreichung dieser Zielsetzung angemessenste Mittel zu sein scheinen;

In der Erwägung, dass darüber hinaus die Krise die Regelungen für Beschäftigung, Berufsausbildung, sozial-berufliche Integration und die Sozialwirtschaft sowie die Ziele, die mit diesen Regelungen erreicht werden sollen, gefährden könnte; dass die direkten oder indirekten Folgen der Krise ein rasches Management und eine schnelle Reaktion auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfordern; dass der Grundsatz der Kontinuität der öffentlichen Dienste zu gewährleisten ist und es daher notwendig ist, die Organisation der öffentlichen Dienste anzupassen, die für die Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, sozial-berufliche Integration und Sozialwirtschaft zuständig sind, wobei insbesondere die Achtung der Rechte ihrer Begünstigten zu gewährleisten ist;

In der Erwägung, dass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses aus vorstehenden Gründen keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — Massnahmen bezüglich der erhöhten Staatssubventionen im Bereich der Sozialökonomie für Zurverfügungstellungen im Rahmen von Artikel 60 § 7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren

Artikel 1 - In Abweichung der Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 11. Juli 2002 zur Gewährung einer erhöhten Staatssubvention an die öffentlichen Sozialhilfezentren für spezifische sozialwirtschaftliche Initiativen zur sozialen Eingliederung und des Königlichen Erlasses vom 14. November 2002 zur Gewährung einer erhöhten Staatssubvention an die öffentlichen Sozialhilfezentren für spezifische sozialwirtschaftliche Initiativen zur sozialen Eingliederung zugunsten Berechtigter mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe gewährt die Regierung den öffentlichen Sozialhilfezentren des deutschen Sprachgebiets auch dann die erhöhte Subvention für die Zurverfügungstellungen im Rahmen des Artikels 60 § 7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Im Sinne der Fortführung der sozialen Eingliederung in Form einer Beschäftigung der Berechtigten mit Anrecht auf Eingliederungseinkommen oder auf finanzielle Sozialhilfe erfolgt die Beschäftigung während des Zeitraums zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. Mai 2020 bei einem Arbeitgeber, der nicht als spezifische sozialwirtschaftliche Initiative anerkannt ist und;

2. Die Zurverfügungstellung an die spezifische sozialwirtschaftliche Initiative wird ab dem 1. Juni 2020 wieder aufgenommen.

Der für Beschäftigung zuständige Minister kann den in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Zeitraum zweimal um dieselbe Dauer verlängern. In diesem Fall wird das in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Datum entsprechend verschoben.

KAPITEL 2 — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 10. Dezember 2009 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler

Art. 2 - In den Erlass der Regierung vom 10. Dezember 2009 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 24. Oktober 2013, wird folgender Artikel 20.1 eingefügt:

"Art. 20.1 - In Abweichung von Artikel 9 § 1 Absatz 2 wird die dort erwähnte Frist vom 30. Juni für das Jahr 2020 um drei Monate bis zum 30. September verlängert.

Der Minister kann die Frist zweimal um dieselbe Dauer verlängern."

KAPITEL 3 — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung

Art. 3 - In den Erlass der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird folgendes Kapitel 6.1, das die Artikel 54.1 bis 54.5 umfasst, eingefügt:

"Kapitel 6.1 - Vorübergehende Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise

Art. 54.1 - Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels dienen dazu, die Auswirkungen der Epidemie oder Pandemie des Coronavirus (COVID-19) in der Deutschsprachigen Gemeinschaft abzufedern.

Art. 54.2 - Die in Artikel 11 und 13 des Dekrets erwähnten Zuschüsse werden für den Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 jeweils um 100 % erhöht.

Die in Absatz 1 erwähnte Erhöhung gilt sowohl für die Zuschüsse für AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte, deren Arbeitsantritt im Absatz 1 erwähnten Zeitraum liegt, als auch für AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte, deren Arbeitsantritt vor dem in Absatz 1 erwähnten Zeitraum liegt.

Art. 54.3 - Die in Artikel 21 des Dekrets erwähnten Zuschüsse werden für den Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 jeweils um 100 % erhöht.

Die in Absatz 1 erwähnte Erhöhung gilt lediglich für Zuschüsse für AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte, deren Arbeitsantritt im Absatz 1 erwähnten Zeitraum liegt. Sie gilt nicht für AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte, deren Arbeitsantritt vor dem in Absatz 1 erwähnten Zeitraum liegt.

Art. 54.4 - Die in Artikel 26 des Dekrets erwähnten Zuschüsse werden für den Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 jeweils um 100 % erhöht.

Die in Absatz 1 erwähnte Erhöhung gilt lediglich für Zuschüsse für AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte, deren Arbeitsantritt im Absatz 1 erwähnten Zeitraum liegt. Sie gilt nicht für AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte, deren Arbeitsantritt vor dem in Absatz 1 erwähnten Zeitraum liegt.

Art. 54.5 - In Abweichung von Artikel 11 § 1 des Dekrets wird für alle in Artikel 10 des Dekrets erwähnten Arbeitgeber, die im Zeitraum zwischen dem 13. März 2020 und dem 30. September 2020 einen AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschuss erhalten, nach Ablauf der in Artikel 11 § 1 Nummern 1 und 2 des Dekrets erwähnten Dauer, der in Artikel 11 § 2 Absatz 2 des Dekrets erwähnte AktiF-Zuschuss bzw. der in Artikel 11 § 3 Absatz 3 des Dekrets erwähnte AktiF PLUS-Zuschuss während weiteren sechs Monaten gewährt."

KAPITEL 4 — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. November 2018 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung

Art. 4 - In den Erlass der Regierung vom 22. November 2018 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen im Rahmen der AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 15. Oktober 2019, wird folgender Artikel 2.1 eingefügt:

"Art. 2.1 - Unbeschadet der Artikel 1 und 2 gewährt die Regierung den in Artikel 24 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung erwähnten Arbeitgebern für den Zeitraum vom 13. März 2020 bis zum 31. Dezember 2020 eine zweckgebundene Sonderzuwendung.

Die in Absatz 1 erwähnte Sonderzuwendung wird vom 13. März 2020 bis zum 30. Juni 2020 im Verhältnis zu der Ausweitung von Teilzeitarbeitsverträgen oder Neueinstellungen von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten gewährt, die im Zusammenhang mit Initiativen zur Bekämpfung der Epidemie oder Pandemie des Coronavirus (COVID-19) stehen.

Ab dem 1. Juli 2020 steht die in Absatz 1 erwähnte Sonderzuwendung im Verhältnis zu den AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüssen, die für Neueinstellungen ab diesem Datum gewährt werden.

Der Minister legt die Modalitäten der Antragstellung und der Auszahlung fest."

KAPITEL 5 — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende

Art. 5 - In Kapitel 5 Abschnitt 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende wird folgender Artikel 38.1 eingefügt:

"Art. 38.1 - Krisenprämie bei Unterbrechung oder Abbruch der individuellen Berufsausbildung im Unternehmen aufgrund der COVID-19-Pandemie

§ 1 - Vorliegender Artikel ist anwendbar auf:

1. unbeschäftigte Arbeitsuchende oder entschädigte Vollarbeitslose, die aufgrund der COVID-19-Pandemie und den in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrates ihrer Tätigkeit im Rahmen einer individuellen Berufsausbildung im Unternehmen vorübergehend nicht nachgehen können;

2. unbeschäftigte Arbeitsuchende oder entschädigte Vollarbeitslose, deren individuelle Berufsausbildung im Unternehmen aufgrund der COVID-19-Pandemie und den in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrates vorzeitig abgebrochen wurde.

§ 2 - Die in § 1 erwähnten Personen eröffnen das Anrecht auf eine Krisenprämie, insofern:

1. sie am 12. März 2020 über den in Artikel 37 erwähnten Vertrag beschäftigt waren oder seit diesem Tag einen solchen Vertrag unterzeichnet haben;
2. die in § 5 erwähnte Bedingung erfüllt ist.

§ 3 - Die in § 2 erwähnte Krisenprämie wird monatlich für folgende Zeiträume ausgezahlt:

1. für die in § 1 Nummer 1 erwähnten Personen für den Zeitraum, in dem sie ihrer Tätigkeit nicht nachgehen können und daher kein Anrecht auf die in Artikel 38 Nummer 1 erwähnte Produktivitätsprämie haben. Der zu berücksichtigende Zeitraum beginnt frühestens am 12. März 2020 und endet spätestens am 30. Juni 2020;
2. für die in § 1 Nummer 2 erwähnten Personen, für die verbleibende Vertragsdauer ab dem Tag des Abbruchs der individuellen Berufsausbildung im Unternehmen. Der zu berücksichtigende Zeitraum beginnt frühestens am 12. März 2020 und endet spätestens am 30. Juni 2020.

Der Minister kann das in Absatz 1 Nummern 1 und 2 erwähnte Enddatum dreimal um einen Monat verschieben.

§ 4 - Die in den § § 2-3 erwähnte monatliche Krisenprämie entspricht der Differenz zwischen 70 Prozent des in Artikel 38 Nummer 1 erwähnten steuerbaren Lohns und den dort erwähnten Lohnersatz Einkünften. Wenn diese Differenz negativ ist, wird keine Krisenprämie gezahlt.

Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung wird die Krisenprämie im Verhältnis zur Arbeitszeitregelung berechnet.

Wenn kein Anrecht auf eine vollständige monatliche Krisenprämie besteht, entspricht die monatliche Krisenprämie dem Resultat der Multiplikation der entsprechenden Krisenprämie mit der Bruchzahl, deren Nenner die Anzahl Werkstage des Monats darstellt und deren Zähler die Anzahl Werkstage darstellt, an denen aufgrund der COVID-19-Pandemie und den in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrates keine Arbeitsleistungen erbracht werden konnten.

§ 5 - Die Krisenprämie kann nur ausgezahlt werden, wenn die in § 2 erwähnten Personen für die in § 3 erwähnten Zeiträume keine Lohnersatz Einkünfte des öffentlichen Sozialhilfeszentrums beziehen, auf die sie vor den in § 1 erwähnten Situationen noch kein Anrecht hatten.

§ 6 - Um das Anrecht auf die Krisenprämie zu eröffnen, reichen die in § 2 erwähnten Personen einen Antrag beim Arbeitsamt ein. Dieser Antrag umfasst die folgenden Angaben:

1. die Bestätigung des Arbeitgebers, dass der Antrag aufgrund der in § 1 erwähnten Situationen gestellt wird;
2. eine ehrenwörtliche Erklärung der in § 2 erwähnten Person, aus der hervorgeht, dass sie keine Lohnersatz Einkünfte des öffentlichen Sozialhilfeszentrums bezieht, auf die sie vor den in § 1 erwähnten Situationen noch kein Anrecht hatte;
3. die Kontonummer der in § 2 erwähnten Person, auf die die Krisenprämie überwiesen werden kann.

Der Antrag muss spätestens am 14. Juli 2020 beim Arbeitsamt eingehen. Es gilt das Datum des Poststempels. Wird das in § 3 erwähnte Enddatum verschoben, wird auch diese Frist entsprechend verlängert.

Die Krisenprämie kann erst nach Eingang des Antrags ausgezahlt werden. Wenn der Antrag nicht zulässig ist, teilt das Arbeitsamt dem Antragssteller dies schriftlich mit.

§ 7 - Unbeschadet des Artikels 11 sind die in § 2 erwähnten Personen verpflichtet, das Arbeitsamt über jede Änderung ihrer Lohnersatz Einkünfte während der in § 3 erwähnten Zeiträume in Kenntnis zu setzen.

Dies gilt ebenfalls für Lohnersatz Einkünfte des öffentlichen Sozialhilfeszentrums, auf die sie vor den in § 1 erwähnten Situationen noch kein Anrecht hatten.

Der Arbeitgeber reicht für die in § 1 Nummer 1 erwähnten Personen innerhalb der ersten 7 Werkstage jedes Monats eine Aufstellung der Arbeitsleistungen und Abwesenheiten des Vormonats beim Arbeitsamt ein.

§ 8 - Die Krisenprämie wird monatlich durch das Arbeitsamt ausgezahlt. Die Auszahlung erfolgt innerhalb der ersten 15 Werkstage des Monats, der dem Monat folgt, auf den sich die Krisenprämie bezieht.

In Abweichung zu Absatz 1 bezieht sich die Krisenprämie, die erstmals nach Eingang des in § 6 erwähnten Antrags gezahlt wird, auf folgenden Zeitraum:

1. für die in § 1 Nummer 1 erwähnten Personen, auf den Zeitraum zwischen dem 12. März 2020 und dem letzten Tag des Monats, der dem Monat vorausgeht, in dem die Krisenprämie ausgezahlt wird;
2. für die in § 1 Nummer 2 erwähnten Personen, auf den Zeitraum zwischen dem Tag des Abbruchs der individuellen Berufsausbildung im Unternehmen und dem letzten Tag des Monats, der dem Monat vorausgeht, in dem die Krisenprämie ausgezahlt wird.

§ 9 - Wenn die in § 2 erwähnte Person zu Unrecht eine Krisenprämie bezogen hat oder wenn die Änderung ihrer Lohnersatz Einkünfte dem Arbeitsamt erst nach der Auszahlung der Krisenprämie mitgeteilt wurde, verrechnet das Arbeitsamt die entsprechenden Beträge mit den Krisenprämien der Folgemonate. Ist dies nicht möglich, fordert das Arbeitsamt die entsprechenden Beträge zurück.

Die Krisenprämie gilt als zu Unrecht ausgezahlt gemäß Absatz 1, wenn:

1. die Informationen, die zum Erhalt der Krisenprämie geführt haben, betrügerisch oder falsch sind;
2. die Person die Krisenprämie bezogen hat, obwohl sie nicht oder nicht mehr die Gewährungsbedingungen erfüllt.“

KAPITEL 6 — *Schlussbestimmungen*

Art. 6 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 7 - Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 14. Mai 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/202393]

14 MAI 2020. — Arrêté du Gouvernement visant à atténuer les répercussions de la crise provoquée par le coronavirus sur l'emploi

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 2 avril 1965 relative à la prise en charge des secours accordés par les centres publics d'aide sociale, l'article 5, § 4bis, alinéa 4, inséré par la loi-programme du 2 août 2002;

Vu la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale, l'article 60, § 7, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016;

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone, l'article 2, § 2, alinéa 1^{er};

Vu la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale, l'article 36, § 2, alinéa 2;

Vu le décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, l'article 12, § 1^{er}, 7^o, et § 3, alinéa 1^{er};

Vu le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, les articles 43.2 à 43.5, insérés par le décret du 27 avril 2020;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2009 portant exécution du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 novembre 2018 fixant la dotation de base et les dotations supplémentaires dans le cadre des mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 4 mai 2020;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 6 mai 2020;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que le Gouvernement fédéral, dans le contexte de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus, a pris depuis le 13 mars 2020 des mesures exceptionnelles sur recommandation du Conseil national de sécurité; que ces mesures ont une incidence considérable sur la vie sociale, incidence qui reste largement visible, y compris au niveau des institutions, des organisations et des entreprises situées sur le territoire de la région allemande; que la crise et ses conséquences ont des répercussions négatives importantes sur l'ensemble de la situation économique; que les activités desdites organisations, institutions et entreprises sont actuellement en grande partie à l'arrêt en raison de la crise et de ses conséquences; qu'il est possible que ceci entraîne une augmentation du chômage dans lesdites organisations, institutions et entreprises; qu'il semble urgent de réduire le plus rapidement possible le chômage qui peut en résulter; que les mesures prises en application de cet arrêté semblent être le moyen le plus approprié pour atteindre cet objectif;

Considérant qu'en outre, la crise pourrait mettre en danger les règles en matière d'emploi, de formation professionnelle, d'intégration socio-professionnelle et d'économie sociale ainsi que les objectifs visés par ces règles; que les conséquences directes ou indirectes de la crise exigent une gestion et une réponse rapides de la Communauté germanophone; que le principe de continuité des services publics doit être garanti et qu'il est donc nécessaire d'adapter l'organisation des services publics compétents en ce qui concerne les mesures dans les domaines de l'emploi, de l'insertion socio-professionnelle et de l'économie sociale, en veillant toutefois à ce que les droits de leurs bénéficiaires soient respectés;

Considérant que, pour les raisons susmentionnées, l'adoption du présent arrêté ne souffre plus aucun délai;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — *Mesures concernant les subventions majorées de l'État dans le domaine de l'économie sociale pour les mises à disposition dans le cadre de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale*

Article 1^{er}. - Par dérogation aux dispositions de l'arrêté royal du 11 juillet 2002 portant octroi d'une subvention majorée de l'État aux centres publics d'aide sociale pour des initiatives spécifiques d'insertion sociale dans l'économie sociale et de l'arrêté royal du 14 novembre 2002 portant octroi d'une subvention majorée de l'État aux centres publics d'aide sociale pour des initiatives spécifiques d'insertion sociale dans l'économie sociale pour des ayants droit à une aide sociale financière, le Gouvernement octroie aussi aux centres publics d'action sociale situés en région de langue allemande une subvention majorée pour les mises à disposition dans le cadre de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale, et ce, si les conditions suivantes sont remplies :

1^o au sens de la poursuite de l'intégration sociale sous la forme d'une mise à l'emploi d'un ayant droit au revenu d'intégration ou à l'aide sociale, la mise à l'emploi intervient pendant la période allant du 1^{er} mars 2020 au 31 mai 2020 auprès d'un employeur qui n'est pas reconnu comme une initiative spécifique d'insertion sociale et;

2° la mise à disposition de travailleurs pour une initiative spécifique d'insertion sociale reprendra le 1^{er} juin 2020.

Le Ministre compétent en matière d'Emploi peut prolonger, pour la même durée, à deux reprises la période mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 1°. Dans ce cas, la date mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 2°, sera retardée en conséquence.

CHAPITRE 2. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2009 portant exécution du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées*

Art. 2. - Dans l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2009 portant exécution du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 24 octobre 2013, il est inséré un article 20.1 rédigé comme suit :

« Art. 20.1 - Par dérogation à l'article 9, § 1^{er}, alinéa 2, le délai y mentionné est prolongé, pour l'année 2020, de trois mois et porte la date du 30 juin au 30 septembre.

Le Ministre peut prolonger, pour la même durée, ce délai à deux reprises. »

CHAPITRE 3. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi*

Art. 3. - Dans l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, il est inséré un chapitre 6.1, comportant les articles 54.1 à 54.5, rédigé comme suit :

« Chapitre 6.1 - Mesures temporaires visant à atténuer les répercussions de la crise provoquée par le coronavirus

Art. 54.1 - Les dispositions du présent chapitre visent à atténuer les répercussions de l'épidémie ou de la pandémie de coronavirus (COVID-19) en Communauté germanophone.

Art. 54.2 - Les subventions mentionnées aux articles 11 et 13 du décret sont chacune majorées de 100 % pour la période allant du 1^{er} juillet 2020 au 31 décembre 2020.

La majoration mentionnée à l'alinéa 1^{er} s'applique aux subventions destinées aussi bien aux bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS entrés en service pendant la période mentionnée à l'alinéa 1^{er} qu'à ceux entrés en service avant.

Art. 54.3 - Les subventions mentionnées à l'article 21 du décret sont chacune majorées de 100 % pour la période allant du 1^{er} juillet 2020 au 31 décembre 2020.

La majoration mentionnée à l'alinéa 1^{er} s'applique uniquement aux subventions destinées aux bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS entrés en service pendant la période mentionnée à l'alinéa 1^{er}. Elle ne s'applique pas aux bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS entrés en service avant la période mentionnée à l'alinéa 1^{er}.

Art. 54.4 - Les subventions mentionnées à l'article 26 du décret sont chacune majorées de 100 % pour la période allant du 1^{er} juillet 2020 au 31 décembre 2020.

La majoration mentionnée à l'alinéa 1^{er} s'applique uniquement aux subventions destinées aux bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS entrés en service pendant la période mentionnée à l'alinéa 1^{er}. Elle ne s'applique pas aux bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS entrés en service avant la période mentionnée à l'alinéa 1^{er}.

Art. 54.5 - Par dérogation à l'article 11, § 1^{er}, du décret et à l'expiration de la durée mentionnée à l'article 11, § 1^{er}, 1° et 2°, du décret, la subvention AktiF mentionnée à l'article 11, § 2, alinéa 2, ou, selon le cas, la subvention AktiF PLUS mentionnée à l'article 11, § 3, alinéa 3, du décret peuvent être octroyées pendant une période supplémentaire de six mois à tous les employeurs mentionnés à l'article 10 du décret qui bénéficient de l'une de ces subventions entre le 13 mars 2020 et le 30 septembre 2020. »

CHAPITRE 4. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 22 novembre 2018 fixant la dotation de base et les dotations supplémentaires dans le cadre des mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi*

Art. 4. - Dans l'arrêté du Gouvernement du 22 novembre 2018 fixant la dotation de base et les dotations supplémentaires dans le cadre des mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, modifié par l'arrêté ministériel du 15 octobre 2019, il est inséré un article 2.1 rédigé comme suit :

« Art. 2.1 - Sans préjudice des articles 1^{er} et 2 et pour la période allant du 13 mars 2020 au 31 décembre 2020, le Gouvernement accorde une allocation affectée spéciale aux employeurs mentionnés à l'article 24 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi.

L'allocation spéciale mentionnée à l'alinéa 1^{er} est octroyée du 13 mars 2020 au 30 juin 2020 proportionnellement à l'extension des contrats de travail à temps partiel ou aux nouveaux engagements de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS dans le cadre d'initiatives de lutte contre l'épidémie ou la pandémie de coronavirus (COVID-19).

À partir du 1^{er} juillet 2020, l'allocation spéciale mentionnée à l'alinéa 1^{er} sera proportionnelle aux subventions AktiF et AktiF PLUS octroyées pour les nouveaux engagements à partir de cette date.

Le Ministre fixe les modalités de l'introduction de la demande et de liquidation. »

CHAPITRE 5. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi*

Art. 5. - Dans le chapitre 5 de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi, la section 1^{re} est complétée par un article 38.1 rédigé comme suit :

« Art. 38.1 - Prime de crise en cas de suspension ou d'interruption de la formation professionnelle individuelle en entreprise en raison de la pandémie COVID-19

§ 1^{er} - Le présent article s'applique :

1° aux demandeurs d'emploi inoccupés ou chômeurs complets indemnisés qui, en raison de la pandémie COVID-19 et des décisions prises dans ce contexte par le Conseil national de sécurité, ne peuvent temporairement poursuivre leur activité dans le cadre d'une formation professionnelle individuelle en entreprise;

2° aux demandeurs d'emploi inoccupés ou chômeurs complets indemnisés dont la formation professionnelle individuelle en entreprise a été prématurément interrompue en raison de la pandémie COVID-19 et des décisions prises dans ce contexte par le Conseil national de sécurité.

§ 2 - Toute personne mentionnée au § 1^{er} ouvre le droit à une prime de crise si :

1° elle était, à la date du 12 mars 2020, occupée dans le cadre d'un contrat mentionné à l'article 37 ou si elle a, depuis cette date, signé un tel contrat;

2° la condition mentionnée au § 5 est remplie.

§ 3 - La prime de crise mentionnée au § 2 est liquidée mensuellement pour les périodes suivantes :

1° en ce qui concerne les personnes mentionnées au § 1^{er}, 1°, pour la période pendant laquelle elles ne pouvaient pas poursuivre leur activité et, par conséquent, n'avaient pas droit à la prime de productivité mentionnée à l'article 38, 1°. La période à prendre en compte commence au plus tôt le 12 mars 2020 et se termine au plus tard le 30 juin 2020;

2° en ce qui concerne les personnes mentionnées au § 1^{er}, 2°, pour la période contractuelle restante calculée à partir du jour de l'interruption de la formation professionnelle individuelle en entreprise. La période à prendre en compte commence au plus tôt le 12 mars 2020 et se termine au plus tard le 30 juin 2020.

Le Ministre peut, à trois reprises, reporter d'un mois la date de fin mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°.

§ 4 - La prime de crise mensuelle mentionnée aux §§ 2 et 3 correspond à la différence entre 70 % du salaire imposable mentionné à l'article 38, 1°, et les revenus de remplacement y mentionnés. Si cette différence est négative, aucune prime de crise n'est liquidée.

En cas d'occupation à temps partiel, la prime de crise est réduite proportionnellement à la durée des prestations.

Si la personne n'a pas droit à une prime de crise mensuelle complète, celle-ci est égale au produit de la multiplication de la prime de crise correspondante par une fraction dont le dénominateur est le nombre de jours ouvrables du mois et le numérateur, le nombre de jours ouvrables pendant lesquels aucune prestation de travail n'a pu être effectuée en raison de la pandémie COVID 19 et des décisions prises à cet égard par le Conseil national de sécurité.

§ 5 - La prime de crise ne peut être liquidée que si les personnes mentionnées au § 2 ne perçoivent, pendant les périodes mentionnées au § 3, aucun revenu de remplacement du centre public d'action sociale auquel elles n'avaient pas droit avant les situations mentionnées au § 1^{er}.

§ 6 - Afin d'ouvrir le droit à la prime de crise, les personnes mentionnées au § 2 introduisent une demande auprès de l'Office de l'Emploi. Cette demande reprend les informations suivantes :

1° la confirmation de l'employeur que la demande est faite sur la base des situations mentionnées au § 1^{er};

2° une déclaration sur l'honneur de la personne mentionnée au § 2 dont il ressort qu'elle ne perçoit aucun revenu de remplacement du centre public d'action sociale auquel elle n'avait pas droit avant les situations mentionnées au § 1^{er};

3° le numéro de compte de la personne mentionnée au § 2 sur lequel la prime de crise peut être versée.

La demande doit être introduite pour le 14 juillet 2020 au plus tard. La date du cachet de la poste fait foi. Si la date de fin mentionnée au § 3 est reportée, ce délai sera également prolongé en conséquence.

La prime de crise ne peut être liquidée qu'après réception de la demande. Si la demande est irrecevable, l'Office de l'Emploi en informe par écrit le demandeur.

§ 7 - Sans préjudice de l'article 11, les personnes mentionnées au § 2 sont tenues d'informer l'Office de l'emploi de tout changement au niveau de leurs revenus de remplacement pendant la période mentionnée au § 3.

Ceci vaut également pour les revenus de remplacement du centre public d'action sociale auxquels elles n'avaient pas encore droit avant les situations mentionnées au § 1^{er}.

Dans les sept premiers jours ouvrables de chaque mois, l'employeur soumet à l'Office de l'emploi une liste des prestations effectuées et des absences au cours du mois précédent pour les personnes mentionnées au § 1^{er}, 1°.

§ 8 - La prime de crise est liquidée chaque mois par l'Office de l'Emploi. La liquidation intervient dans les quinze premiers jours du mois qui suit celui auquel la prime de crise se rapporte.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la prime de crise liquidée pour la première fois après l'introduction de la demande mentionnée au § 6 se rapporte aux périodes suivantes :

1° en ce qui concerne les personnes mentionnées au § 1^{er}, 1°, à la période entre le 12 mars 2020 et le dernier jour du mois qui précède celui au cours duquel la prime de crise sera liquidée;

2° en ce qui concerne les personnes mentionnées au § 1^{er}, 2°, pour la période entre le jour de l'interruption de la formation professionnelle individuelle en entreprise et le dernier jour du mois qui précède celui au cours duquel la prime de crise sera liquidée.

§ 9 - Si la personne mentionnée au § 2 a perçu indûment une prime de crise ou si un changement au niveau de ses revenus de remplacement n'a été notifié à l'Office de l'Emploi qu'après la liquidation de la prime de crise, ledit Office déduit le montant correspondant des primes de crise suivantes. Si cette déduction n'est pas possible, l'Office de l'emploi réclame les montants indûment perçus.

La prime de crise est réputée liquidée indûment conformément au § 1^{er} si :

1° les informations qui ont mené à son octroi sont frauduleuses ou incorrectes;

2° la personne l'a perçue alors qu'elle ne remplissait pas ou plus les conditions d'octroi. »

CHAPITRE 6. — *Dispositions finales*

Art. 6. - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 7. - Le Ministre de l'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 14 mai 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

La Ministre de la Culture et du Sport, de l'Emploi et des Médias,

I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/202393]

14 MEI 2020. — Besluit van de Regering tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de werkgelegenheid

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 2 april 1965 betreffende het ten laste nemen van de steun verleend door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, artikel 5, § 4bis, vierde lid, ingevoegd bij de programmawet van 2 augustus 2002;

Gelet op de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, artikel 60, § 7, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016;

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, artikel 2, § 2, eerste lid;

Gelet op de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie, artikel 36, § 2, tweede lid;

Gelet op het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus, artikel 12, § 1, 7°, en § 3, eerste lid;

Gelet op het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, artikelen 43.2 tot 43.5, ingevoegd bij het decreet van 27 april 2020;

Gelet op het besluit van de Regering van 10 december 2009 tot uitvoering van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van de uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 november 2018 tot vaststelling van de basisdotatie en de bijkomende dotaties in het kader van de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 4 mei 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 6 mei 2020;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat de federale regering sinds 13 maart 2020, op advies van de Nationale Veiligheidsraad, buitengewone maatregelen heeft genomen naar aanleiding van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan; dat die maatregelen verstrekende gevolgen hebben voor het maatschappelijk leven die nog altijd overal voelbaar zijn, onder meer ook bij de instellingen, organisaties en ondernemingen in het Duitse taalgebied; dat de crisis en de gevolgen van de crisis zware negatieve gevolgen hebben voor de hele economie; dat de activiteiten van de bedoelde organisaties, instellingen en ondernemingen op grond van de crisis en de gevolgen van de crisis momenteel op een heel laag pitje staan; dat dit al snel tot een stijging van de werkloosheid zou kunnen leiden in de bedoelde organisaties, instellingen en ondernemingen; dat het dringend noodzakelijk lijkt de werkloosheid die daaruit zou kunnen voortvloeien, zo snel mogelijk in te perken; dat de maatregelen die op grond van dit besluit worden genomen, passend lijken om dat doel te bereiken;

Overwegende dat de regelingen inzake werk, beroepsopleiding, socio-professionele integratie en sociale economie, alsook de doelstellingen die men met die regelingen wil bereiken, in het gedrang zouden kunnen komen door de crisis; dat de directe of indirecte gevolgen van de crisis een snel management en een snelle reactie van de Duitstalige Gemeenschap vereisen; dat het principe van de continuïteit van de openbare dienstverlening moet worden gewaarborgd en dat de organisatie van de openbare dienstverlening inzake werk, socio-professionele integratie en sociale economie bijgevolg moet worden aangepast; dat daarbij in het bijzonder de rechten van de begunstigden moeten worden nageleefd;

Overwegende dat dit besluit bijgevolg zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — Maatregelen betreffende de verhoogde staatstoelage binnen de sociale economie voor terbeschikkingstellingen in het kader van artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn

Artikel 1. - In afwijking van het koninklijk besluit van 11 juli 2002 tot toekenning van een verhoogde staatstoelage aan de openbare centra voor maatschappelijk welzijn voor specifieke initiatieven, gericht op sociale inschakeling, binnen de sociale economie en in afwijking van het koninklijk besluit van 14 november 2002 tot toekenning van een verhoogde staatstoelage aan de openbare centra voor maatschappelijk welzijn voor specifieke initiatieven, gericht op sociale inschakeling, binnen de sociale economie, voor rechthebbenden op financiële maatschappelijke hulp kent de Regering de verhoogde staatstoelage ook toe aan de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van het Duitse taalgebied voor de terbeschikkingstellingen in het kader van artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, indien aan de volgende voorwaarden is voldaan:

1° met het oog op de voortzetting van de sociale inschakeling in de vorm van een tewerkstelling van rechthebbenden op een leefloon of rechthebbenden op financiële maatschappelijke hulp geschiedt de tewerkstelling tijdens de periode tussen 1 maart 2020 en 31 mei 2020 bij een werkgever die niet erkend is als "specifiek sociale economie-initiatief" en;

2° de terbeschikkingstelling aan het "specifiek sociale economie-initiatief" wordt vanaf 1 juni 2020 hervat.

De minister bevoegd voor Werkgelegenheid kan de periode vermeld in het eerste lid, 1°, twee keer met dezelfde duur verlengen. In dat geval wordt de datum vermeld in het eerste lid, 2°, dienovereenkomstig verschoven.

HOOFDSTUK 2. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 10 december 2009 tot uitvoering van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van de uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus*

Art. 2. - In het besluit van de Regering van 10 december 2009 tot uitvoering van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van de uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 24 oktober 2013, wordt een artikel 20.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 20.1 - In afwijking van artikel 9, § 1, tweede lid, wordt de daarin vermelde termijn van 30 juni voor het jaar 2020 met drie maanden verlengd tot 30 september.

De Minister kan de termijn twee keer met dezelfde duur verlengen."

HOOFDSTUK 3. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid*

Art. 3. - In het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid wordt een hoofdstuk 6.1 ingevoegd, dat de artikelen 54.1 tot 54.5 omvat, luidende:

"Hoofdstuk 6.1 - Tijdelijke maatregelen om de negatieve gevolgen van de coronacrisis te beperken

Art. 54.1 - De bepalingen van dit hoofdstuk zijn bedoeld om de negatieve gevolgen van de epidemie of pandemie van het coronavirus (COVID-19) in de Duitstalige Gemeenschap te beperken.

Art. 54.2 - De subsidies vermeld in de artikelen 11 en 13 van het decreet worden voor de periode van 1 juli 2020 tot 31 december 2020 telkens met 100 % verhoogd.

De verhoging vermeld in het eerste lid geldt zowel voor de subsidies voor AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigden die tijdens de periode vermeld in het eerste lid in dienst getreden zijn, als voor AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigden die vóór de periode vermeld in het eerste lid in dienst getreden zijn.

Art. 54.3 - De subsidies vermeld in artikel 21 van het decreet worden voor de periode van 1 juli 2020 tot 31 december 2020 telkens met 100 % verhoogd.

De verhoging vermeld in het eerste lid geldt alleen voor subsidies voor AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigden die in dienst getreden zijn binnen de periode vermeld in het eerste lid. Ze geldt niet voor AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigden die vóór de periode vermeld in het eerste lid in dienst getreden zijn.

Art. 54.4 - De subsidies vermeld in artikel 26 van het decreet worden voor de periode van 1 juli 2020 tot 31 december 2020 telkens met 100 % verhoogd.

De verhoging vermeld in het eerste lid geldt alleen voor subsidies voor AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigden die in dienst getreden zijn binnen de periode vermeld in het eerste lid. Ze geldt niet voor AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigden die vóór de periode vermeld in het eerste lid in dienst getreden zijn.

Art. 54.5 - In afwijking van artikel 11, § 1, van het decreet wordt de AktiF-subsidie vermeld in artikel 11, § 2, tweede lid, van het decreet of de AktiF PLUS-subsidie vermeld in artikel 11, § 3, derde lid, van het decreet na het verstrijken van de in artikel 11, § 1, 1^o en 2^o, van het decreet vermelde periode, nog zes maanden toegekend aan alle in artikel 10 van het decreet vermelde werkgevers die tussen 13 maart 2020 en 30 september 2020 een AktiF-subsidie of een AktiF PLUS-subsidie ontvangen."

HOOFDSTUK 4. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 22 november 2018 tot vaststelling van de basisdotatie en de bijkomende dotaties in het kader van de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid*

Art. 4. - In het besluit van de Regering van 22 november 2018 tot vaststelling van de basisdotatie en de bijkomende dotaties in het kader van de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, gewijzigd bij ministerieel besluit van 15 oktober 2019, wordt een artikel 2.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 2.1 - Met behoud van de toepassing van de artikelen 1 en 2 kent de Regering voor de periode van 13 maart 2020 tot 31 december 2020 een bijzondere dotatie toe aan de werkgevers vermeld in artikel 24 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid.

De bijzondere dotatie vermeld in het eerste lid wordt van 13 maart 2020 tot 30 juni 2020 toegekend in verhouding tot de uitbreiding van deeltijdse arbeidsovereenkomsten of nieuwe aanwervingen van AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigden die verband houden met initiatieven ter bestrijding van de epidemie of pandemie van het coronavirus (COVID-19).

Vanaf 1 juli 2020 staat de bijzondere dotatie vermeld in het eerste lid in verhouding tot de AktiF- en AktiF PLUS-subsidies die vanaf die datum voor nieuwe aanwervingen worden toegekend.

De Minister bepaalt de nadere regels voor de aanvraag en de uitbetaling."

HOOFDSTUK 5. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden*

Art. 5. - In hoofdstuk 5, afdeling 1, van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden wordt een artikel 38.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 38.1 - Crisispremie bij onderbreking of stopzetting van de individuele beroepsopleiding in een onderneming op grond van de COVID-19-pandemie

§ 1 - Dit artikel is van toepassing op:

1^o werkloze werkzoekenden of uitkeringsgerechtigde volledig werklozen die, op grond van de COVID-19-pandemie en de beslissingen die de Nationale Veiligheidsraad naar aanleiding daarvan heeft genomen, hun activiteit in het kader van een individuele beroepsopleiding in een onderneming tijdelijk niet kunnen uitoefenen;

2^o werkloze werkzoekenden of uitkeringsgerechtigde volledig werklozen van wie de individuele beroepsopleiding in een onderneming, op grond van de COVID-19-pandemie en de beslissingen die de Nationale Veiligheidsraad naar aanleiding daarvan heeft genomen, voortijdig werd stopgezet.

§ 2 - De personen vermeld in § 1 openen het recht op een crisispremie, op voorwaarde dat:

1^o ze op 12 maart 2020 via de in artikel 37 vermelde overeenkomst tewerkgesteld waren of sinds die datum een dergelijke overeenkomst ondertekend hebben;

2^o de voorwaarde vermeld in § 5 vervuld is.

§ 3 - De crisispremie vermeld in § 2 wordt maandelijks uitbetaald voor de volgende periodes:

1° voor de personen vermeld in § 1, 1°: voor de periode waarin ze hun activiteit niet kunnen uitoefenen en daardoor geen recht hebben op de productiviteitspremie vermeld in artikel 38, 1°. De in aanmerking te nemen periode begint ten vroegste op 12 maart 2020 en eindigt ten laatste op 30 juni 2020;

2° voor de personen vermeld in § 1, 2°: voor de duur van de overeenkomst die nog rest vanaf de dag van de stopzetting van de individuele beroepsopleiding in een onderneming. De in aanmerking te nemen periode begint ten vroegste op 12 maart 2020 en eindigt ten laatste op 30 juni 2020.

De Minister kan de einddatum vermeld in het eerste lid, 1° en 2°, drie keer met één maand verschuiven.

§ 4 - De maandelijke crisispremie vermeld in de § 2 tot 3 stemt overeen met het verschil tussen 70 procent van het belastbare loon vermeld in artikel 38, 1°, en het daar vermelde vervangingsinkomen. Als het verschil negatief is, wordt geen crisispremie betaald.

In geval van deeltijdse tewerkstelling wordt de crisispremie berekend in verhouding tot de arbeidstijdregeling.

Als betrokkene geen recht heeft op een volledige maandelijke crisispremie stemt de maandelijke crisispremie overeen met het resultaat dat bekomen wordt door de desbetreffende crisispremie te vermenigvuldigen met een breuk waarvan de noemer gelijk is aan het aantal werkdagen van de maand en de teller gelijk is aan het aantal werkdagen waarop geen arbeidsprestaties verricht konden worden op grond van de COVID-19-pandemie en de beslissingen die naar aanleiding daarvan door de Nationale Veiligheidsraad werden genomen.

§ 5 - De crisispremie kan alleen uitbetaald worden, als de personen vermeld in § 2, voor de periodes vermeld in § 3, geen vervangingsinkomen van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn ontvangen waarop ze vóór de situaties vermeld in § 1 nog geen recht hadden.

§ 6 - Om het recht op de crisispremie te openen, dienen de personen vermeld in § 2 een aanvraag in bij de dienst voor arbeidsbemiddeling. Die aanvraag bevat de volgende gegevens:

1° de bevestiging van de werkgever dat de aanvraag wordt ingediend op grond van de situaties vermeld in § 1;

2° een verklaring op erewoord van de persoon vermeld in § 2, waaruit blijkt dat hij geen vervangingsinkomen van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn ontvangt waarop hij vóór de situaties vermeld in § 1 nog geen recht had;

3° het rekeningnummer van de persoon vermeld in § 2 waarop de crisispremie kan worden gestort.

De aanvraag moet uiterlijk op 14 juli 2020 bij de dienst voor arbeidsbemiddeling binnenkomen. De datum van de poststempel geldt als indieningsdatum. Als de einddatum vermeld in § 3 wordt verschoven, wordt ook die termijn met dezelfde duur verlengd.

De crisispremie kan pas uitbetaald worden als de aanvraag is binnengekomen. Als de aanvraag niet-ontvankelijk is, deelt de dienst dat schriftelijk mee aan de aanvrager.

§ 7 - Met behoud van de toepassing van artikel 11 moeten de personen vermeld in § 2 elke wijziging van hun vervangingsinkomen tijdens de periode vermeld in § 3 meedelen aan de dienst voor arbeidsbemiddeling.

Dat geldt ook voor vervangingsinkomens van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn waarop ze vóór de situaties vermeld in § 1 nog geen recht hadden.

Voor de personen vermeld in § 1, 1°, dient de werkgever binnen de eerste zeven werkdagen van de maand bij de dienst voor arbeidsbemiddeling een overzicht in van de arbeidsprestaties en afwezigheden van de vorige maand.

§ 8 - De crisispremie wordt maandelijks uitbetaald door de dienst voor arbeidsbemiddeling. De uitbetaling geschiedt binnen de eerste vijftien werkdagen van de maand die volgt op de maand waarop de crisispremie betrekking heeft.

In afwijking van het eerste lid heeft de crisispremie, die pas wordt betaald nadat de aanvraag vermeld in § 6 is binnengekomen, betrekking op de volgende periode:

1° voor de personen vermeld in § 1, 1°: de periode tussen 12 maart 2020 en de laatste dag van de maand die voorafgaat aan de maand waarin de crisispremie wordt uitbetaald;

2° voor de personen vermeld in § 1, 2°: de periode tussen de dag waarop de individuele beroepsopleiding in een onderneming wordt stopgezet en de laatste dag van de maand die voorafgaat aan de maand waarin de crisispremie wordt uitbetaald.

§ 9 - Als de persoon vermeld in § 2 ten onrechte een crisispremie heeft ontvangen of als de wijziging van zijn vervangingsinkomen pas aan de dienst voor arbeidsbemiddeling werd meegedeeld nadat de crisispremie werd uitbetaald, verreken de dienst voor arbeidsbemiddeling die bedragen met de crisispremies van de volgende maanden. Als dat niet mogelijk is, vordert de dienst voor arbeidsbemiddeling de desbetreffende bedragen terug.

De crisispremie wordt overeenkomstig het eerste lid als "ten onrechte uitbetaald" beschouwd, als:

1° de inlichtingen die tot het ontvangen van de crisispremie geleid hebben, bedrieglijk of vals zijn;

2° de persoon de crisispremie heeft ontvangen, hoewel hij niet of niet meer aan de toekenningsvoorwaarden voldoet."

HOOFDSTUK 6. — Slotbepalingen

Art. 6. - Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 7. - De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 14 mei 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,
I. WEYKMANS